

Vortrag zum Thema Steuern am Parteitag Utzenstorf 25. Mai 2019

Liebe Genossinnen und Genossen

F1

Steuern bezahlen tut eigentlich niemand gerne, darüber reden aber schon. Und wir wollen heute über Steuern reden, miteinander über Steuern reden. Ich mache in einem ersten Teil eine Art Auslegeordnung zum Thema aus meiner Sicht, wir vertiefen ein paar Aspekte davon im anschliessenden Podiumsgespräch und am Schluss besprechen wir auch noch Fragen und Anregungen aus euren Reihen. Vielleicht und hoffentlich wird dann der eine oder andere heute geäusserte Gedanke in die laufende Vernehmlassung zur Steuergesetzrevision 2021 einfließen.

Allgemeines

F2

Laufend wird in den Medien berichtet, wie sich Steuern optimieren oder am besten vermeiden lassen. Der Staat erscheint als Moloch, der unser wohlverdientes Geld verschlingt. Hier nur ein Beispiel aus dem Jahr 2008 als Roger Federer seinen Wohnsitz von Oberwil BL nach Wollerau SZ verlegte, „nicht aus steuerlichen Gründen“, konnte man lesen. Aber seine Steuerersparnis war dennoch ein wesentliches Thema. Ganze 3.1 Mio Franken Steuern bezahlte Roger Federer schliesslich in Wollerau bei einem Einkommen von immerhin 60-75 Mio pro Jahr. Warum er nur so wenig zahlte und warum überhaupt ein Mensch zwischen 160'000.- und Fr. 220'000.- Franken ... **pro Tag(!)** verdienen kann, wurde in der Öffentlichkeit nicht kommentiert. (Auf der Folie habt ihr übrigens einen aktuellen Pressekommentar mit ähnlichem Inhalt...) Mit diesem Beispiel möchte ich keinesfalls Roger Federer als Mensch und Steuerzahler kritisieren, sondern das System als solches, ein Steuersystem, das diejenigen schont, die sich viel Steuern zu bezahlen leisten könnten. Roger Federer selbst müsste ja eigentlich gar keine Steuern bezahlen - er könnte ganz einfach seinen offiziellen Wohnsitz nach Dubai verlegen...

Immer mehr Leute scheinen aber doch gemerkt zu haben, dass Steuern senken und Steuern sparen, für die meisten von uns nicht in erster Linie spürbar den eigenen Geldbeutel schont, sondern den Staat zu spürbaren, ja schmerzhaften, vorwiegend asozialen und destruktiven Sparübungen zwingt.

F3

Vielleicht klingt es zynisch, wenn ausgerechnet der ehemalige Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand uns dazu auffordert, wieder einmal Marx zu lesen, weil in der heutigen Zeit die Löhne der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr ausreichen, um den Wohlstand für unserer Nachkommen zu mehren oder wenigstens zu sichern.

Doch gerade in den USA, wo Hildebrand zu einem Millionensalär für Blackrock riesige Vermögen verwaltet, scheint es in Mode zu kommen, dass sich Milliardäre dafür einsetzen, mehr Steuern bezahlen zu dürfen. Nicht, dass sie plötzlich zu Gutmenschen mutierten. Sondern, weil sie langsam Angst haben um ihr eigenes Geld, weil wegen der himmelschreienden Ungerechtigkeit Proteste, Aufstände oder strikte Regulierungen drohen. Es sei hier noch angemerkt, dass in den USA während dem 2. Weltkrieg Präsident Roosevelt den Grenzsteuersatz für Superreiche auf über 90% erhöhte. In seiner neoliberalen Verblendung senkte Präsident Reagan diesen Satz dann in den 80er-Jahren von damals 70 auf nur mehr 28%. Danach pendelte er sich zwischen 35 und 40% ein.

F4

Vor diesem Hintergrund ist **uns** im vergangenen November der Gewinn des Referendums gegen die Senkung der Unternehmenssteuern gelungen. Ein Resultat das schweizweit Beachtung fand, ein gutes Signal für uns Linken. Wir konnten in dieser Abstimmung beweisen, dass wir, die SP Kanton Bern, referendumsfähig sind, wenn wir die geeigneten Verbündeten finden. Und wir werden auch in Zukunft mit aller Kraft dagegen kämpfen, dass Steuersenkungen auf dem Buckel der Armen und Schwachen gemacht werden.

F5

... **aber**, und das muss hier auch gesagt sein: wenn alle Kantone ihre angekündigten Steuerstrategien umsetzen, wird Bern wegen unserem Erfolg von letztem November ganz am Schluss der Steuerrangliste landen, dies trotz dem Nein im Kanton Solothurn vom vergangenen Sonntag... Für die Unternehmen im Kanton Bern, aber sicher auch für Leute wie Christoph

Ammann, unseren Volkswirtschaftsdirektor, oder auch Stefan Berger und Reto Müller als Stadtpräsidenten in Konkurrenz zu Städten in Tiefsteuernkantonen, sind das nicht nur ermutigende Nachrichten.

F6

„Wegweiser“ der SP Kanton Bern

Nichtsdestotrotz: Als grosse, gewichtige und staatstragende Partei wollen wir es nicht beim blossen NEINSAGEN bewenden lassen. Deshalb wollen wir bei der Steuerstrategie 2021 des Regierungsrates aktiv mitreden und mitgestalten. Um dafür gerüstet zu sein, setzte die Parteileitung eine Arbeitsgruppe ein, bestehend aus Margret Kiener Nellen, Ursula Marti, Beatrice Stucki, Tamara Funicello, Roland Näf, Matteo Langenegger und mir. In verschiedenen Sitzungen entwickelten wir ein schlankes Arbeitspapier, worauf wir die Grundsätze und Möglichkeiten der SP in Sachen Steuerpolitik festhielten. Dieses Arbeitspapier, wir nennen es „Wegweiser“, soll regelmässig angepasst werden an die politischen Ereignisse, Veränderungen und Diskussionen. Es enthält keine fixe, unbewegliche Steuerstrategie, denn wir wollen auch in Sachen Steuern mit den Menschen reden, damit alle sich in diese Diskussion einbringen können und nicht nur wenige.

Selbstverständlich stützten wir uns bei unserer Arbeit auf die Berner Verfassung. Die grosse Mehrheit in diesem Saal ist vermutlich mit dem hier gezeigten Artikel 104 sehr einverstanden:

Art. 104 Grundsätze der Besteuerung

¹ Bei der Ausgestaltung der Steuern sind die Grundsätze der Allgemeinheit, der Rechtsgleichheit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten.

² Die Steuern der natürlichen Personen sind so zu bemessen, dass die wirtschaftlich Schwachen geschont werden, der Leistungswille der einzelnen erhalten bleibt und die Selbstvorsorge gefördert wird.

³ Die Steuern der juristischen Personen sind so zu bemessen, dass die Wettbewerbsfähigkeit gewahrt wird und die Sozialleistungen sowie die Anstrengungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung berücksichtigt werden.

⁴ Steuerhinterziehung und Steuerbetrug sind wirksam zu ahnden.

F7

Von der Verfassung ausgehend definierten wir folgende **Ziele**:

- Wir wollen den Berner Staatshaushalt so finanzieren, dass auch ein Leistungsausbau möglich ist (Volksvorschlag zum Sozialhilfegesetz, Krankenkasseninitiative...)
- Wir möchten die kleinen und mittleren Einkommen entlasten, damit Arbeit sich lohnt
- Das Kapital sollte höher besteuert, Löhne und Renten entlastet werden
- Die Besteuerung sollte möglichst einfach und transparent erfolgen
- Steuerbetrug muss (endlich!) wirkungsvoll bekämpft werden.

Die bürgerlichen Parteien wollen uns ja immer das Etikett anhängen, dass wir grundsätzlich laufend die Steuern erhöhen wollen. Dabei stimmt das so absolut nicht. Wir wollen nur so viele Steuern erheben, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Auch wir von der Arbeitsgruppe können uns vorstellen, die Steuern zu senken, sobald der Kanton sich das leisten kann. Steuern senken möchten wir (aber wirklich erst, sobald wir uns das leisten können) vor allem für natürliche Personen, Einkommenssteuern für natürliche Personen mit tiefen und mittleren Einkommen.

F8

Hingegen die Unternehmenssteuern zu senken geht für uns eigentlich gar nicht, und dies aus folgenden Gründen:

- einerseits weil das Stimmvolk dies im November überraschend deutlich ablehnte
- andererseits weil dies einige Städte und Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten bringen würde und dies allenfalls sogar zu Steuererhöhungen bei den natürlichen Personen führen könnte

- aber auch weil wir grundsätzlich Kapital und nicht Arbeitseinkommen besteuern wollen, und Unternehmens**gewinne** helfen immer das Kapital mehren, Unternehmen**steuern** dagegen helfen den zügellosen Kapitalismus zu bändigen
- ...und schliesslich, weil der Kanton Bern bei diesem ruinösen und destruktiven Steuerwettbewerb unter den Kantonen nicht mitmachen soll. Im Gegenteil, wir wollen zusammen mit der SP Schweiz diesen Wettbewerb zügeln und eindämmen.

Abschliessend sei noch erwähnt, dass das Senken der Unternehmenssteuern auch mit sozialen Kompensationen, dem Staat Geld entzieht und folglich unweigerlich zu zusätzlichen Spardebatten und Sparmassnahmen führt, dies im Kanton und in den Gemeinden. Unsere Nachbarkantone Luzern und Waadt lassen hier grüssen.

Steuergesetzrevision 2021

F9

In meinen nun folgenden Erläuterungen zur Steuerstrategie 2021 des Regierungsrates gehe ich nicht auf alle Aspekte ein, kommentiere z.B. die Auswirkungen auf die Gemeinden nicht und will auch keineswegs der Vernehmlassungsantwort der SP Kanton Bern vorgreifen.

Grundsätzlich habe ich den Eindruck, dass die Erfolge von uns, der SP, die Regierung im Hinblick auf die Steuerstrategie doch ein bisschen beeinflussten. Wir teilen folgende Hauptsorgen der Regierung:

- Das Senken des Schweizer FILAGs werden wir spüren, weil fortan die reichen Kantone weniger an die weniger finanzkräftigen wie den Kanton Bern bezahlen müssen
- und auch dass in unserem Kanton hohe Investitionskosten anstehen und finanziert werden müssen können wir schwerlich abstreiten
- **hingegen dass wir im Kanton Bern wegen der STAF** weniger Unternehmenssteuern einnehmen werden, dürfte aus Sicht der SP noch zu diskutieren geben, denn die 15 Millionen Minderertrag sind hausgemacht.

F10

Doch nun der Reihe nach: Der Regierungsrat nimmt das Abstimmungsergebnis von letztem November ernst und will keine Senkung der Unternehmenssteuern...

F11

... zumindest vorläufig! Es wird in den Vernehmlassungsunterlagen aber auch klar gesagt, dass in näherer Zukunft hier Handlungsbedarf besteht. Vielleicht hat bereits das Abstimmungsergebnis in Solothurn diesen Bedarf etwas gedämpft, andernfalls kann oder **muss** die SP hier entsprechend Einfluss nehmen.

F12

Weil der Kanton Bern höchstwahrscheinlich ganz hinten in der Unternehmensteuer-Rangliste anzutreffen sein wird, will der Regierungsrat ansonsten möglichst optimale Bedingungen für Unternehmen schaffen, die Kritischen unter uns werden zu recht sagen: Steuer-Schlupflöcher ausbauen. Neben dem maximal möglichen Ausbau der obligatorischen Patentbox möchte der Regierungsrat den Unternehmen auch grösstmögliche zusätzliche Abzüge z.B. für Forschung und Entwicklung gewähren.

F13

Dies würde für den Kanton zu Mindererträgen von rund 59 Mio. Franken führen.

F14

Auf der andern Seite bringt die STAF dem Kanton Bern auch rund 44 Mio Mehrertrag aus den Bundessteuern. Der Regierungsrat begründet das vorhin erwähnte Entgegenkommen gegenüber den Unternehmen aber nicht nur mit der Standort-Attraktivität des Kantons Bern für Unternehmen, sondern auch mit dem finanziellen Spielraum von weiteren 103 Millionen, den unser Kanton dank der Ablehnung der Unternehmenssteuern im Aufgaben- und Finanzplan 2020-22 gewonnen hat.

F15

Ebenfalls positiv in der Buchhaltung des Kantons schlägt sich die Neubewertung der Liegenschaften mit fast 34 Millionen und die ökologische Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern mit

rund 40 Millionen Franken nieder. Wegen den Motionen Schöni-Affolter und Trüssel sollen diese Mehrerträge den Steuerzahlenden aber zurückvergütet werden. Den Gemeinden hingegen werden dank der Neubewertung der Liegenschaften zwischen 82 und 115 Mio Franken mehr in die Kassen fliessen - wohlverstanden, durch die Besteuerung von Kapital, was ja in unserem Sinn ist.

F16

Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern ist im vorliegenden Vernehmlassungsentwurf noch nicht berücksichtigt. Hingegen wird darin aufgezeigt, wie die Motion Schöni-Affolter umgesetzt werden soll: 3.8 Millionen kostet den Kanton die Erhöhung des Abzuges von externer Kinderbetreuung von bisher 8'000 auf 25'000 Franken, wie dies auch bei den Bundessteuern möglich ist. Das geht aus meiner Sicht zumindest in die richtige Richtung. Wesentlich teurer und aus linker Sicht kaum akzeptierbar sind hingegen die 30 Millionen Franken, die der Regierungsrat in Form von höheren Versicherungsabzügen mit der Giesskanne an alle Steuerzahlenden zurückerstatten will. Dieses Geld liesse sich sozial wesentlich sinnvoller einsetzen.

F17

Netto gerechnet beschert die STAF, respektive deren vorgesehene Umsetzung, dem Kanton Bern 15 Millionen Steuerausfälle. Da diese 15 Millionen nicht zwangsläufig durch die STAF anfallen, sondern durch die möglichst grosszügige Auslegung der Patentbox und der Abzüge für Forschung und Entwicklung, wird dieser Punkt nicht nur bei uns in der SP noch viel zu reden geben. Ebenfalls zu reden gibt sicher auch der Vorschlag, dass die Gemeinden bei der Bemessung ihrer Unternehmenssteuern bis zu 20% vom Kanton abweichen können. Dazu hören wir dann noch etwas in unserem Podiumsgespräch.

Verpasste Chancen

F18

Ich biege nun auf die Zielgerade ein und spreche zuerst über die verpassten Chancen der Schweiz und unseres Kantons in Sachen Steuergerechtigkeit. Die Erbschaftssteuer steht da an erster Stelle. Obschon sie in der Verfassung steht, wurde sie im Kanton Bern für direkte Nachkommen abgeschafft.

Art. 103 Steuern

¹ Der Kanton erhebt

- a eine Einkommens- und Vermögenssteuer von den natürlichen Personen,
- b eine Gewinn- und Kapitalsteuer von den juristischen Personen,
- c eine Vermögensgewinnsteuer.

² Er erhebt zudem eine Erbschafts- und Schenkungssteuer, eine Motorfahrzeugsteuer sowie weitere Aufwand- und Verkehrssteuern nach Massgabe der Gesetzgebung.

F19

Gemäss einer Studie der Uni Bern hätte die vor bald vier Jahren abgelehnte schweizerische Initiative über 100 Millionen Franken in die Kasse des Kantons Bern gespült. Erbschaftssteuern wären nicht nur aus linker sondern auch aus wissenschaftlicher Sicht die einfachste, unkomplizierteste und effizienteste Massnahme zur Umverteilung von Vermögen.

F20

Eine zweite und dritte Chance sind wir gerade am Verpassen. Denn aus unserer Sicht dürften trotz den beiden Motionen, sowohl die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern, als auch jene durch die Neubewertung der Liegenschaften sinnvoller eingesetzt werden als für die lineare Reduktion der Steuern für natürliche Personen.

Ausblicke

F21

Inzwischen erhalten wir für unsere Ideen sogar Unterstützung von unerwarteter Seite. Wenn sogar liberale Politikerinnen sich gegen das Rennen um immer tiefere Steuersätze äussern, hat vielleicht

die von der SP Schweiz angekündigte Initiative zur Harmonisierung der Unternehmenssteuern tatsächlich eine Chance vor dem Volk. Die Idee der SP Schweiz ist es, mit dieser Initiative einen Mindeststeuersatz für Unternehmenssteuern festzulegen, den kein Kanton unterbieten darf.

F22

Die 99% Initiative der JUSO, die vor kurzem erfolgreich eingereicht wurde, würde dem Kanton Bern beinahe 300 Millionen Franken Mehreinnahmen beschern. Und dies nicht durch eine sozialistische Revolution, sondern in erster Linie durch eine moderate Erhöhung der Besteuerung von Kapitaleinkommen um den Faktor 1.5.

F23

Bereits eingereicht sind eine Motion von Andrea Zryd und eine parlamentarische Initiative von Ursula Marti : Andrea Zryd will die Pauschalbesteuerung richtig anwenden, solange es sie noch gibt,

F24

... und Ursula Marti will mit ihrer Initiative diese ungerechte Steuer endlich abschaffen.

F25

Ein dritter Vorstoss, eine Motion von Christian Bachmann, verlangt, dass der Regierungsrat mit einer Standesinitiative den automatischen Informationsaustausch auch im Inland einführt, also das Bankgeheimnis abschafft. Die Tatsache, dass bereits durch den automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland so nebenbei 3.1 Mia Franken durch Selbstanzeige auftauchen und immerhin 189 Mio Franken Steuergelder in die Kantonskasse spülten, zeigt uns, dass es jetzt um die ganz fetten Steuerbrocken geht.

F26

Wir begeben uns nun ins Spezialgebiet unserer verdienten Nationalrätin Margret Kiener-Nellen. Sie brachte es mit ihrem unermüdlichen Einsatz fertig, dass im Jahr 2012 sogar das Schweizer Fernsehen darüber berichtete, dass in der Schweiz rund

F27

90 Milliarden Franken Einkommen nicht versteuert werden, dies gemäss einer seriösen Studie von Lars P. Feld und Bruno S. Frey aus dem Jahr 2006. Bei einem bescheidenen Steuersatz von 20% ergäbe das eine Summe von beinahe 18 Milliarden Franken unterschlagener Steuergelder. Gemessen an der Grösse und der Steuerkraft des Kantons Bern wären das locker 1 - 2 Milliarden Franken mehr Steuereinnahmen pro Jahr.

F28

Kurz zusammengefasst: Unser gemeinsamer Kampf sollte in folgende Richtung gehen:

International sollten Gewinne grundsätzlich dort versteuert werden, wo sie gemacht wurden.

National sollten wir in erster Linie

- die Unternehmenssteuern harmonisieren oder „sockeln“
- Börsentransaktionen besteuern, damit sich z.B. der Mikrosekundenhandel nicht mehr lohnt
- ...den automatischen Informationsaustausch auch im Inland einführen

und...

F29

... im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung werden wir in der Diskussion mittelfristig nicht um die Wiederaufnahme des Themas „bedingungsloses Grundeinkommen“ herum kommen.

Schlussworte

Zwei Aspekte noch zum Schluss meiner Ausführungen, um zu zeigen, dass der Staat gerade im digitalen Zeitalter nicht auf anständige Unternehmenssteuern verzichten kann.

F30

Die Unternehmen machen heute immer grössere und unverschämtere Gewinne mit immer weniger Mitarbeitenden. Vor 40 Jahren war General Motors das Unternehmen mit weltweit am meisten Gewinn. Es erwirtschaftete 4 Milliarden Gewinn mit 850'000 Mitarbeitenden. Letztes Jahr war Apple die Vorzeigefirma. Apple erwirtschaftete mit etwas über 130'000 Mitarbeitenden 60 Milliarden Gewinn. Diese Zahlen sprechen für sich, der Kreis schliesst sich und wir sind wieder bei Karl Marx und Philipp Hildebrand.

F31

Aber im Gegensatz zum Steuern bezahlen geniessen Unternehmensgewinne in unserer Gesellschaft leider immer noch einen ausgezeichneten Ruf. Wir sind dermassen in unserem Gewinndenken gefangen, dass unsere Wirtschaftsfachleute sogar von einer Genossenschaft

Gewinne, und zwar immer höhere Gewinne, erwarten. Dabei sind Riesengewinne ja nur möglich, wenn ein Unternehmen entweder zu hohe Preise für seine Produkte verlangt oder zu tiefe Löhne bezahlt, ... oder auch beides. Ein Unternehmen wie die Migros, die ja gemäss Werbung uns allen gehört, muss als Genossenschaft keinen grossen Gewinn abwerfen, sondern, gemäss der Idee ihres Gründers Gottlieb Duttweiler, anständige Löhne bezahlen und uns nachhaltige und qualitativ hochstehende Produkte möglichst günstig verkaufen.

Besten Dank, liebe Genossinnen und Genossen für eure Aufmerksamkeit und dafür, dass ihr mithilfe die verquerten Ideen von Steuerersparnis und Gewinnmaximierung richtig zu stellen!
Wir wollen mit den Menschen reden und sie von unseren Ideen überzeugen!